

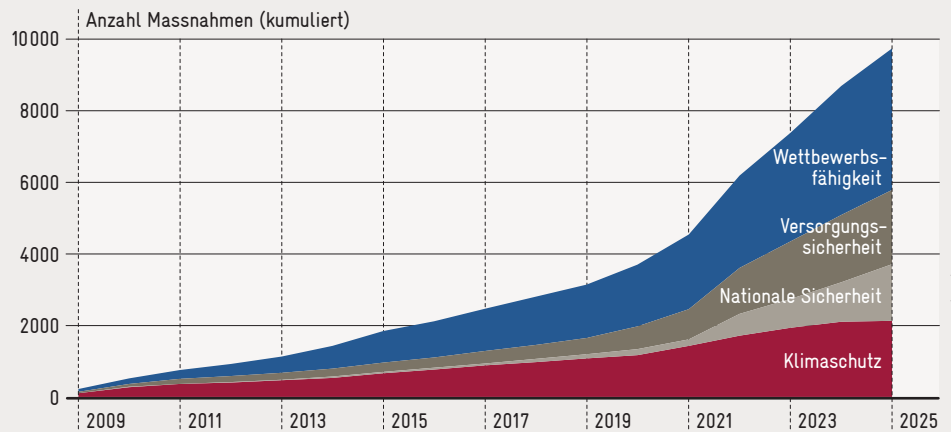
Trägerische Industriepolitik

Industriepolitik ist weltweit auf dem Vormarsch. Doch trotz hoher Kosten hält eine Politik der aktiven Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur nur selten, was sie verspricht.

Ausgangslage

Im Gegensatz zu einer auf Rahmenbedingungen fokussierten Wirtschaftspolitik zeichnet sich Industriepolitik durch selektive Eingriffe aus. Sie begünstigt gezielt einzelne Firmen, Branchen oder Technologien. Anders als das Ausland hat die Schweiz bisher auf solche – zuweilen auch als vertikale Industriepolitik bezeichneten – Eingriffe verzichtet. Doch ihre Versprechen finden auch hierzulande vermehrt Gehör: Der Erhalt traditioneller und die Ansiedlung zukunftssträchtiger Branchen sollen für mehr nationale und Versorgungssicherheit sorgen, die Wettbewerbsfähigkeit stärken oder den Klimaschutz vorantreiben.

Verdoppelung der industriepolitischen Subventionen seit 2021



Weltweit gesprochene industriepolitische Subventionen für Wettbewerbsfähigkeit, Klimaschutz sowie nationale und Versorgungssicherheit belaufen sich seit 2021 auf mindestens 2280 Mrd. Dollar.

Facts

±0

Die derzeitige Industriepolitik im Ausland dürfte insgesamt geringe Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft haben, weil sich negative (z. B. Wettbewerbsverzerrungen) und positive (z. B. höhere Auslandsnachfrage) Effekte in etwa die Waage halten.

■ Geschwächte Wettbewerbsfähigkeit:

Industriepolitik riskiert, den Strukturwandel zu verzögern und die volkswirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu schwächen. Subventionen für einzelne Branchen sind teuer und binden Kapital sowie Arbeitskräfte, die für produktivere Tätigkeiten fehlen.

■ Schwarmintelligenz vs. zentrale Planung:

Der Staat ist Privaten bei der Identifizierung künftiger Märkte und Technologien in der Regel unterlegen. Jede noch so gut informierte Staatsstelle steht einer Vielzahl von Unternehmen gegenüber, die wesentlich mehr Information nutzen können. Historisch hat staatliche Investitionslenkung daher oft zu Fehlinvestitionen geführt.

■ Für wenige statt für alle:

Der Staat muss Industriepolitik über Steuern bei anderen Wirtschaftsakteuren oder über den Verzicht auf andere öffentliche Ausgaben finanzieren. Privilegien für wenige (Unternehmen) gehen auf Kosten vieler (Konkurrenten, Steuerzahler, Konsumenten).

■ Fehlanreize und Ineffizienzen:

Die Aussicht auf öffentliche Gelder setzt für Unternehmen starke Anreize, dafür zu lobbyieren. Damit geht Industriepolitik mit Ineffizienzen einher, und der Staat läuft Gefahr, von den Interessen einzelner Firmen und Branchen vereinnahmt zu werden. Dies erschwert es, einmal eingeführte Subventionen rückgängig zu machen.

Empfehlungen

Ausländische Industriepolitik kann für hiesige Branchen wettbewerbsverzerrend wirken, die Schweiz profitiert aber auch von solchen Subventionsprogrammen: Für Schweizer Unternehmen eröffnen sich etwa **neue Absatzmöglichkeiten**. Zudem können **Produkte günstiger importiert werden**. Statt industriepolitische

Fehlschläge zu riskieren, sollte die Schweiz eine Wirtschaftspolitik betreiben, die den Strukturwandel ermöglicht und unsere hochspezialisierte Wirtschaft unterstützt. Das bedeutet u. a. **für kluge Köpfe und innovative Firmen attraktiv zu bleiben** und ein soziales Netz für die Verlierer des Strukturwandels zu gewährleisten.

